

von Interesse für die CDB sein.

Allerdings sehen die meisten Beobachter eine starke politische Komponente in den ansteigenden Auslandsinvestitionen. Schließlich ist die CDB direkt unter dem Staatsrat angesiedelt und genießt Präferenzstatus. Der neue Trend ist im Westen erst aufgefallen, als die in der Gründung befindliche staatliche Investitionsgesellschaft sich beim US-amerikanischen Finanzinvestor Blackstone eingekauft hatte.

In den vergangenen Monaten hatten sich aber bereits einige chinesische Staatsbanken auf Einkaufstour ins Ausland aufgemacht. Die Industrial and Commercial Bank (ICBC) hat dieses Jahr 90% eines mittelgroßen indonesischen Finanzinstituts aufgekauft, die China Construction Bank (CCB) das Einzelhandelsgeschäft der Bank of America für Hongkong und Macau erworben. Ferner hat die Bank of China (BOC) Asiens größtes Flugzeug-Leasing-Unternehmen übernommen.

Chinas Auslandsinvestitionen – vor allem die mit Devisenreserven getätigten – könnten ein politisches Nachspiel haben. Viele Politiker in der EU und den USA sind der Ansicht, dass Chinas in immer neue Höhen steigende Reserven hauptsächlich auf die deutliche Unterbewertung des Yuan zurückzuführen sind. Solange die Reserven vornehmlich in US-Staatsanleihen investiert worden waren, richtete sich die Kritik vor allem auf die Wettbewerbsnachteile im Handel mit China. Sollte nun der Eindruck entstehen, dass China die Reserven vor allem für strategische Käufe einsetzt, könnte dies zu einer neuen Runde protektionistischer Maßnahmen führen. Aus einigen westlichen Staaten wurden bereits Stim-

men vernommen, die staatliche Investitionen aus China nicht genehmigt sehen wollen. (FAZ, 24.7.07; FT, 24., 25.7.07; NZZ, 24.7.07; IHT, 24.7.07; WSJ, 24.7.07)

## **SVR Hongkong**

Heike Holbig

### **10. Jahrestag des Souveränitätswechsels Hongkongs**

Am 1. Juli jährte sich die Rückgabe der ehemaligen Britischen Kronkolonie Hongkong an die Volksrepublik China im Jahr 1997 zum zehnten Mal. Durch eine Reihe von Festivitäten wurde dem Jubiläum gedacht, dessen politische Bedeutung von einem dreitägigen Besuch von Chinas Staats- und Parteichef Hu Jintao in der SVR unterstrichen wurde. Während seines Aufenthalts nahm Hu Jintao nicht nur zahlreiche Gelegenheiten wahr, mit der politischen und gesellschaftlichen Elite der SVR zusammenzutreffen, sondern auch, um durch verschiedene Kontakte mit der Hongkonger Bevölkerung seine Volksnähe auch hier zu betonen.

Den Höhepunkt seines Besuchs bildete eine Ansprache Hu Jintaos an die Hongkonger am Vormittag des 1. Juli im Hong Kong Convention and Exhibition Centre, wo er auch der traditionellen Flaggenzeremonie beiwohnte und das neu gebildete Kabinett von Regierungschef Donald Tsang vereidigte (s. nachfolgende Dokumentation). Der Tenor seiner Rede – wie auch seiner Ansprache während eines Festbanketts am Vorabend – war, wie zu erwarten, die Er-

innerung daran, dass die zurückliegenden zehn Jahre seit dem Souveränitätswechsel das Funktionieren der Formel „Ein Land, zwei Systeme“ bewiesen hätten.

Gekleidet in eine Rhetorik des vaterländischen Stolzes und der Bewunderung für die Leistungen der Hongkonger Bevölkerung gab Hu zu verstehen, dass innerhalb dieses Konstrukts das „Ein-Land“-Prinzip dem „Zwei-System“-Prinzip vorausgehe und kein Zweifel daran bestehen dürfe, dass die chinesische Zentralregierung die letztendliche politische Autorität über Hongkong ausübe. Diese Autorität der Volksrepublik über die SVR ebenso wie die nationale Souveränität, Einheit und Sicherheit gelte es auch in Zukunft aufrechtzuerhalten. Unmissverständlich gab er auch zu erkennen, dass die SVR die wirtschaftlichen Krisen der vergangenen Dekade nicht ohne die substanzielle Unterstützung der Volksrepublik hätte meistern können. Die Hongkonger Bevölkerung könne sich auch in Zukunft der Unterstützung aus Beijing sicher sein, sofern das Konzept „Ein Land, zwei Systeme“ im skizzierten Sinne verstanden werde und die Vorgaben des *Basic Law* eingehalten würden.

Gerade in einer pluralistischen Gesellschaft wie der Hongkongs, die sich durch ihre Toleranz gegenüber differierenden Positionen auszeichne, sei es umso wichtiger, gemäß dem Sprichwort „alle Flüsse fließen ins Meer“ immer einen gesellschaftlichen Konsens anzustreben und soziale wie politische Polarisierungen zu vermeiden. Als Prioritäten für die Zukunft der SVR empfahl Hu Jintao wirtschaftliche Entwicklung und gesellschaftliche Harmonie, während er die „Entwicklung der Demokratie“ nur

am Rande erwähnte. Er ließ keine Gelegenheit aus, um die Hongkonger Bevölkerung zu nationalem Stolz sowie zur Liebe zum Vaterland und zu Hongkong aufzurufen.

Pünktlich vor Beginn der jährlich zum Jahrestag des Souveränitätswechsels mobilisierten Protestmärsche der demokratischen Kräfte in Hongkong am Nachmittag des 1. Juli, an denen unterschiedlichen Schätzungen zu Folge zwischen 20.000 und 68.000 Personen teilnahmen, verließ Hu Jintao die SVR in Richtung Shenzhen. Dort weihte er – in großer Symboltracht – die Shenzhen Bay Bridge, die vierte große Verkehrsverbindung zwischen dem Festland und Hongkong, ein, die bis zum Jahr 2020 wirtschaftliche Vorteile in Höhe von rund 175 Mrd. HKD erbringen soll.

Die internationale Presse schätzte die Entwicklung Hongkongs in der zurückliegenden Dekade vorwiegend relativ positiv ein. Frühere Ängste vor einem „Identitätsverlust“ Hongkongs, so der Tenor, hätten sich nicht bewahrheitet, und die pluralistische Gesellschaft der SVR sei weiterhin lebendig, wenn im Hinblick auf demokratische Reformen des politischen Systems auch weiterhin Abstriche gemacht werden müssten.

Weniger positiv fallen allerdings die Prognosen für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung der SVR aus. So sagen Hongkonger wie internationale Kommentatoren voraus, dass Hongkong in den kommenden Jahren gegenüber dem Festland immer mehr an wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit verlieren werde. Im Bereich des Handels und der Logistik mache sich dieser Trend bereits massiv bemerkbar. So würden immer mehr Handelsströme über

kostengünstiger arbeitende See- und Flughäfen auf dem Festland abgewickelt. Auch häuften sich zuletzt die Anzeichen, dass die Aktienmärkte Shanghais und Shenzhens Hongkong seines Status als internationalen Finanzplatz immer mehr streitig machen könnten. (RMRB, 29.6., 2.7.07; Xinhua, 29., 30.6.07, nach BBC PF, 1., 3.7.07; XNA, 29.6.07; DGB, 1., 2.7.07, nach BBC PF, 3., 4.7.07; SCMP, 30.6., 1., 2., 4., 5., 10., 14.7.07; ST, 2.1.07; WSJ, 29., 30.6., 2.7.07; FT, 15., 27., 29., 30.6., 2., 7.7.07; IHT, 22., 26., 30.6., 2.7.07; NZZ, 28.6.07; FAZ, 29.6., 2.7.07; *die tageszeitung*, 30.6./1.7.07)

### Antritt von Donald Tsangs neuem Kabinett

Am 1. Juli trat das von Regierungschef Donald Tsang für seine zweite Amtszeit neu benannte Kabinett an, dessen Mitglieder eine Woche zuvor vom Staatsrat der Volksrepublik offiziell ernannt worden waren.

Bei vielen Neubesetzungen handelt es sich um veränderte Kompetenzzuweisungen an bisherige Kabinettsmitglieder; tatsächlich neu im Kabinett sind nur sechs Personen:

- Henry Tang Ying-yen als *Chief Secretary for Administration* (zuvor *Financial Secretary*)
- John Tsang Chun-wah als *Financial Secretary* (zuvor *Director of the Chief Executive's Office*)
- Frederick Ma Si-hang als *Secretary for Commerce and Development* (zuvor *Secretary for Financial Services and the Treasury*)
- Carrie Lam Cheng Yuet-ngor als *Secretary for Development* (neu im Kabinett)

- Michael Suen Ming-yeung als *Secretary for Education* (zuvor *Secretary for Housing, Planning and Lands*)
- Edward Yau Tang-wah als *Secretary for the Environment* (neu im Kabinett)
- Prof. Kah-khiong Chan als *Secretary for Financial Services and the Treasury* (neu im Kabinett)
- Tsang Tak-sing als *Secretary for Home Affairs* (neu im Kabinett)
- Matthew Cheung als *Secretary for Labour and Welfare* (neu im Kabinett)
- Eva Cheng als *Secretary for Transport and Housing* (neu im Kabinett)
- Timothy Tong Hin-ming als Leiter der *Independent Commission Against Corruption* (zuvor *Commissioner of Customs and Excise*)
- Richard Yuen als *Commissioner of Customs and Excise* (neu im Kabinett)

Die einflussreiche Position als *Director of the Chief Executive's Office* übernimmt Norman Chan Tak-lam. Dem 55-Jährigen, der in früheren Jahren als Leiter der *Hong Kong Monetary Authorities* enge Kontakte zur chinesischen Regierung aufgebaut hat und zuletzt eine gut bezahlte Führungsposition bei Standard Chartered inne hatte, werden neben dem 54-jährigen Henry Tang, neuer *Chief Secretary for Administration*, gute Aussichten auf eine Nachfolge im Amt des *Chief Executive* nach dem Jahr 2012 eingeräumt. Als möglicher Kandidat für dieses Amt wird außerdem Wong Yan-lung, seit Oktober 2005 *Secretary of Justice*, gehandelt, der allerdings mit 43 Jahren deutlich jünger ist.

Insgesamt ist der Anteil der Angehörigen aus dem *Civil Service* wieder beträchtlich angestiegen. Hatte der frühere *Chief*

*Executive* Tung Chee-hwa dafür geworben, vermehrt Spitzenkräfte aus dem privaten Sektor als Kabinettsmitglieder zu gewinnen, und zuletzt im Sommer 2002 fünf Personen von außerhalb des *Civil Service* in sein Kabinett rekrutiert (C.a., 6/2002:626-628), so hat sich dieser Trend unter Donald Tsang wieder umgekehrt. (Xinhua, 23.6.07, nach BBC PF, 24.6.07; XNA, 23.6.07; SCMP, 23., 24.6., 2.7.07; WSJ, 25.6.07; ST, 24.6.07)

### Regierung legt „Grünbuch“ zur Wahlrechtsreform vor

Wie der Hongkonger Regierungschef Donald Tsang im März dieses Jahres in Antwort auf einen Wahlrechtsreformvorschlag des demokratischen Lagers in Aussicht gestellt hatte (C.a., 2/2007:148-150), legte die Regierung am 11. Juli ein sogenanntes „Grünbuch zur konstitutionellen Entwicklung“ vor, in dem verschiedene Reformoptionen für die Einführung allgemeiner Wahlen zum *Chief Executive* und der Legislativversammlung (LegCo) unterbreitet wurden. Mit der Vorstellung des „Grünbuchs“ durch den neuen *Chief Secretary for Administration* Henry Tang wurde zugleich eine dreimonatige Konsultationsphase eröffnet, in der die Öffentlichkeit aufgerufen ist, sich zu den Reformvorschlägen zu äußern.

Angesichts eines Versprechens Donald Tsangs vom Frühjahr dieses Jahres, wonach er die Wahlrechtsreform bis zum Ende seiner zweiten Amtszeit unter Dach und Fach bringen und der Hongkonger Bevölkerung dazu verschiedene Alternativen anbieten wolle, war allgemein erwartet worden, dass das „Grünbuch“ einige weni-

ge Reformmodelle – die Rede war meist von dreien – zur Diskussion stellen würde. Stattdessen präsentiert das nun vorgelegte Dokument auf fast sechzig Seiten ein reichhaltiges Menü von über vierzig Detailfragestellungen und Dreierserien von Alternativen zu zahlreichen Teilaspekten möglicher Wahlrechtsreformen. Als Optionen für den Zeitpunkt der Einführung allgemeiner Wahlen zum *Chief Executive* werden die Jahre 2012 (vom demokratischen Lager präferiert), 2017 (zuletzt von der Democratic Alliance for the Betterment and Progress of Hong Kong präferiert) oder ein Zeitpunkt nach 2017 benannt. Gefragt wird unter anderem nach der präferierten Zahl der Mitglieder des Wahlkomitees, der Zahl von Kandidaten für das Amt des *Chief Executive* oder der Zahl der Wahlgänge bei der Wahl zum *Chief Executive*. Bezüglich der Wahlen zum LegCo werden als Optionen die Ersetzung der berufsständischen und branchenbezogenen Wahlkollegien (*functional constituencies*, FCs) durch direkt gewählte Wahlbezirksmandate, die Beibehaltung der FCs bei geändertem Wahlverfahren und die Erhöhung der Zahl der Wahlbezirksmandate formuliert. Wie Henry Tang bei der Vorstellung des Dokuments äußerte, hoffe die Regierung, im Laufe der Konsultationsphase aus den eingehenden Reaktionen ein „Mainstream-Modell“ zu generieren, ohne diesen Prozess allerdings näher zu erläutern.

Das „Grünbuch“ erntete in der Hongkonger Öffentlichkeit schneidende Kritik. Prominente Vertreter des demokratischen Lagers, Intellektuelle und Journalisten waren sich weitgehend einig in ihrer Bewertung des Dokuments als „verwirrend“, „ir-

reführend“, „beleidigend“ und „beschämend“. Mit ihrem unüberschaubaren Katalog von Alternativen zu Verfahrensdetails – aus denen sich, wie Kritiker höhnten, theoretisch 486 Kombinationsmöglichkeiten ergäben – habe die Regierung ihr Versprechen eines transparenten Konsultationsprozesses zur Wahlrechtsreform gebrochen. Hinter der Präsentation des „Grünbuchs“ vermuteten viele eine gezielte Taktik zur bewussten Verschleppung der Reform, indem eine verwirrende Vielfalt von Reformoptionen in die Arena öffentlicher Diskussion geworfen und der anschließenden Manipulation durch die Regierung ausgesetzt würde.

Als Tenor dessen, was in dem „Grünbuch“ explizit enthalten sei, und noch mehr dessen, was darin nicht enthalten sei, unterstellten die Kritiker den Autoren des Dokuments, dass sie die Einführung allgemeiner Wahlen auf unbestimmte Zeit hinauszögern und damit die letztendliche Initiative für weitere Wahlrechtsreformen in Hongkong bei der chinesischen Zentralregierung belassen wollten. Der vollständige Verzicht auf eine Diskussion des problematischen Artikels 45 des *Basic Law*, in dem vage die Nominierung von Kandidaten für das Amt des *Chief Executive* durch ein repräsentatives Komitee „in Übereinstimmung mit demokratischen Verfahren“ gefordert wird, sei ein Hinweis darauf, dass die Regierung sich vorbehalte, der Nominierung von Bewerbern einen Screening-Mechanismus vorzuschalten, durch den der chinesischen Zentralregierung ein Einfluss auf die Vorauswahl der Kandidaten gesichert werde. Viele Kommentatoren befürchten, dass in dieser Frage früher oder

später eine neue Verfassungskrise provoziert werden und der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses in Beijing sich zu einer neuerlichen Auslegung des *Basic Law* berufen fühlen könnte. Fragen wie die nach der präferierten Anzahl von Kandidaten für das Amt des *Chief Executive* oder die Hinterfragung der Definition allgemeiner demokratischer Wahlen zeugten davon, dass die Regierung auch hier versuche, autoritären Lesarten von Demokratie die Hintertür zu öffnen.

Verschiedene Regierungssprecher verteidigten das vorgelegte Grünbuch, das durchaus das Versprechen Donald Tsangs für seine zweite Amtszeit halte, indem es alle in den vergangenen Jahren eingegangenen Vorschläge zur Wahlrechtsreform aufgreife, bündele und der Öffentlichkeit nunmehr zur systematischen Reflexion vorlege. Dass man der Diskussion nicht durch die Ausarbeitung fertiger Modelle vorgreifen wolle, verstehe sich zu diesem frühen Zeitpunkt von selbst. In jedem Fall, so erinnerte Henry Tang, müsse die zu erarbeitende Wahlrechtsreform die Vorgaben des *Basic Law* erfüllen und geeignet sein, die formalen Hürden für eine Verabschiedung zu nehmen, nämlich eine Zweidrittelmehrheit im LegCo, die Zustimmung des *Chief Executive* und die Billigung durch den Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses in Beijing. Bei dem nun eingeleiteten Konsultationsprozess könne es sich daher ohnehin nicht um ein die Regierung bindendes Verfahren handeln, sondern nur um eine „Referenz“ bei der Ausarbeitung eines „Mainstream-Modells“ für eine künftige Wahlrechtsreform. (Englischer Text des „Grünbuchs“ unter [www.cmab-gpcd.gov](http://www.cmab-gpcd.gov).)

hk/en/consultation/index.htm; SCMP, 12., 13., 23., 24.7.07; WSJ, 11., 13., 18.7.07; ST, 12.7.07; RTHK, Radio 3, 11., 22.7.07, nach BBC PF, 12., 23.7.07; *The Standard* website, 23.6.07, nach BBC PF, 24.6.07; XNA, 12.7.07)

## Neue Zensusdaten für Hongkong

Mitte Juli 2007 legte die Hongkonger Behörde für Zensus und Statistik neue Daten zur demografischen Entwicklung bis Mitte 2006 und Prognosen für die Bevölkerungsentwicklung in den kommenden drei Jahrzehnten vor.

Gemäß des Mitte 2006 erhobenen Zensus lebten in Hongkong 6,86 Mio. Menschen. Auffällig angestiegen war die Zahl alleinstehender Frauen, die in den vergangenen fünf Jahren um 43 Prozentpunkte auf insgesamt knapp 183.000 zugenommen hatte. Neben den höheren Bildungsstandards von Frauen und den damit einhergehenden Veränderungen im Lebensstil wurde als Hauptursache für diese Zunahme angegeben, dass immer mehr Hongkonger Männer Frauen vom chinesischen Festland heirateten (allein 28.000 im Jahr 2006), während die umgekehrte Konstellation einer Heirat von Hongkongerinnen mit Männern vom Festland deutlich seltener verzeichnet würde (6.500 im Jahr 2006). Die Zunahme der Geburtenzahlen um 36% gegenüber dem Jahr 2001 komme dadurch zustande, dass viele Schwangere vom Festland in die SVR reisten, um dort zu entbinden; jedes vierte in Hongkong geborene Baby habe eine Mutter vom Festland.

Für die kommenden drei Jahrzehnte prognostiziert die Behörde einen Bevöl-

kerungsanstieg von durchschnittlich 0,7 Prozentpunkten, wobei die jährlichen Zuwachsraten zunächst bei 0,7-0,9 liegen, später auf 0,4 Prozentpunkte sinken dürften. Für das Jahr 2036 wird so eine Bevölkerungszahl von 8,57 Mio. vorausgesagt. Der Anteil älterer Menschen im Alter von 65 Jahren aufwärts an der Gesamtbevölkerung, der im Jahr 2006 bei 12% lag, wird dann der Prognose gemäß bei 26% liegen. Das Verhältnis von Männern zu Frauen, das bereits jetzt zugunsten der Frauen verschoben ist, könnte dann bei 763:1.000 liegen (bzw. bei 709:1.000 bei Berücksichtigung der zahlreichen in Hongkong tätigen ausländischen Haushaltskräfte).

Die Regierung stellte eine Reihe von Maßnahmen in Aussicht, um die aus dem jüngsten Zensus hervorgehenden demografischen Trends einer beschleunigten Alterung der Gesellschaft und einer wachsenden Disproportionalität im Geschlechterverhältnis zu begegnen. Neben Maßnahmen im sozialen Sicherungs- und Gesundheitssystems soll die Zuwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus dem Ausland, insbesondere aber vom chinesischen Festland, erleichtert werden. Wie dies genau erreicht werden solle, wurde nicht näher ausgeführt.

In einem Interview mit der *Financial Times* Mitte Juni hatte Regierungschef Donald Tsang davon gesprochen, dass Hongkong bei entsprechender Infrastruktur durchaus eine Bevölkerung von 10 Mio. Menschen beherbergen und so mit den größten internationalen Metropolen konkurrieren könne. „We must not allow the population to age and then shrink. We must grow in order to be competitive“, so

Tsang in dem Interview. „We have the fundamentals, like New York and London, to create a global financial centre and a reasonably good living for 10 million people here.“

Kritische Kommentatoren hinterfragten die Objektivität der demografischen Prognosen für das Jahr 2036 im Licht dieser Äußerungen Tsangs. Wie auch schon bei vergangenen Prognosen verrate die Behörde ihren Hang zur Überschätzung der Bevölkerungsentwicklung, der in der Vergangenheit schon mehrfach dazu geführt habe, dass demografische Zahlen erheblich nach unten korrigiert werden mussten. (Hong Kong Special Administrative Region government website, 16.7.07, nach BBC PF, 17.7.07; FT, 15.6.07; SCMP, 16.6., 16., 24., 27.7.07; ST, 17.7.07)

## **SVR Macau**

LIU Jen-Kai

### **Banco Delta Asia und die nordkoreanischen Gelder**

Die auf der kleinen Familienbank in Macau, der Banco Delta Asia (BDA), eingefrorenen nordkoreanischen Gelder sind inzwischen nach Nordkorea transferiert worden. Nordkorea hatte die Freigabe der 25 Mio. USD zur Vorbedingung für die weitere Teilnahme an den Abrüstungsverhandlungen gemacht. Die Bank war im September 2005 vom US-amerikanischen Finanzministerium als „willing pawn“ bei nordkoreanischen Staatsverbrechen, die Banknotenfälschung und Drogenhandel einschlossen, bezeichnet, der Geldwäsche für Nordko-

rea bezichtigt und auf die schwarze Liste gesetzt worden. Die BDA hat seit 1935 ihren Stammsitz in Macau und unterhält Niederlassungen in Hongkong und Japan. Der Verwaltungsratsvorsitzende des Bank-eigentümers Delta Asia Group (Holdings) Ltd., Stanley Au, ist ein angesehener Mann. Er ist Mitglied der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes, des höchsten Beraterorgans der chinesischen Regierung, und war 1999 einziger Gegenkandidat von Edmund Ho bei der Wahl zum Regierungschef von Macau.

Stanley Au hatte sich vergeblich in einem offenen Brief gegen die Vorwürfe des US-Finanzministeriums gewehrt. Ein Run der Kunden auf die Bank setzte ein; etwa 133 Mio. USD, ca. ein Drittel der Bank-einlagen, wurden abgezogen. Die Gelder von nordkoreanischen Unternehmen bei der BDA wurden eingefroren, und ein von der Regierung eingesetztes Komitee verwaltete von nun an die Bank. Die Regierung beauftragte auch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young, einen Bericht über die Bank zu erstellen. Der Bericht, der den Zeitraum von Januar 2002 bis zum September 2005 umfasst, sprach die Bank von den Anschuldigungen der Geldwäsche und der Involvierung in Banknotenfälscherei, ein Kernstück der US-amerikanischen Verdächtigungen, frei. „From our investigations it is apparent that [...] the bank did not introduce counterfeit US currency notes into circulation.“ (SCMP, 18.4.07)

Der im Dezember 2005 fertiggestellte, 123-seitige Bericht ist nie veröffentlicht worden, doch gelangte eine Kopie in die Hände der Hongkonger *South China Morning Post*. Er bietet einen seltenen Ein-